

Wahlprüfsteine Kommunalwahl 2020 des Bündnisses für sexuelle Selbstbestimmung Münster



und die Antworten der Münster Liste – bunt und international

Das Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung Münster hat sich im Dezember 2017 gegründet, um sich für einen sicheren und legalen Schwangerschaftsabbruch einzusetzen. Neben der problematischen gesetzlichen Lage gibt es auch lokal Handlungsbedarf. So besteht in Münster eine prekäre Versorgungssituation für ungewollt Schwangere. Zudem gibt es wiederkehrende öffentliche Auftritte und Aktionen fundamentalistischer Abtreibungsgegner*innen, die ungewollt Schwangere psychischem Druck aussetzen, um sie von ihrem Abbruch abzuhalten.

Im Vorfeld der Kommunalwahlen am 13. September 2020 hat das Bündnis sieben Fragenkomplexe an die Politik formuliert. Die Antworten der einzelnen Parteien bzw. Wähler*innenvereinigungen (CDU, SPD, Grüne, FDP, Linke, Piraten, ÖDP, Volt, Münsterliste) werden auf den Internetauftritten des Bündnisses veröffentlicht und sollen zur Orientierung der Wählerschaft dienen. Das Bündnis behält sich vor, einzelne Sätze aus den Antworten gesondert zu zitieren.

Bitte beschränken Sie sich bei Ihrer Antwort auf max. 600 Zeichen pro Fragenkomplex. Wir bitten um eine Rückmeldung bis zum 27. August 2020.

- 1. In Münster gibt es jedes Jahr Demonstrationen von radikalen Abtreibungsgegner*innen, auf denen eine verstärkte Kriminalisierung von Schwangeren gefordert wird, die sich für einen Abbruch entscheiden. Wie stehen Sie zur Entscheidungsfreiheit von ungewollt Schwangeren über die Fortsetzung einer Schwangerschaft in den ersten 12 Wochen?**

Jede Schwangere sollte sich, wenn sie die Schwangerschaft nicht austragen will / kann, innerhalb der ersten zwölf Schwangerschaftswochen – nach Beratung – frei für einen sicheren Schwangerschaftsabbruch entscheiden können. Mit der aktuellen Rechtslage können wir grundsätzlich leben. Allerdings ist die derzeitige Situation nicht zufrieden stellend. Etwas mit Haftstrafen bis zu drei Jahren zu belegen, aber es in der Praxis nicht zu verfolgen, ist ein Zustand, der zukünftig durch Aufhebung des Paragraphen beseitigt werden muss.

- 2. Vor zwei Jahren drohte es für kurze Zeit keine Praxis in Münster zu geben, in der Schwangerschaftsabbrüche nach Beratungsregel angeboten wurden. Welche Maßnahmen streben Sie an, um einer erneuten prekären Versorgungslage für ungewollt Schwangere**

vorzubeugen?

Beratungsstellen sollen Informationen weitergeben dürfen, damit Schwangere wissen, wo sie eine Abtreibung ohne Gefahr für ihre eigene Gesundheit durchführen lassen können. Keine Ärztin / kein Arzt kann gezwungen werden, einen Abbruch vorzunehmen.

3. Wie möchten Sie der Stigmatisierung von Schwangerschaftsabbrüchen in Münster begegnen?

Wir gehen davon aus, dass sich keine Frau die Entscheidung zur Abtreibung leicht macht. Menschen, die sich zur Abtreibung entschließen, muss man mit Respekt begegnen und ihre Entscheidung muss toleriert werden. Durch aktive Öffentlichkeitsarbeit – auch durch die Stadt Münster – muss der Stigmatisierung von Frauen (und Männern), die sich zu einer Abtreibung entschließen, entgegen gewirkt werden.

4. Wie wollen Sie das Beratungsangebot und die öffentliche Aufklärung über reproduktive Rechte, sexuelle Orientierungen und geschlechtliche Identitäten unterstützen und weiterentwickeln?

Wir befürworten Aufklärung über Liebe und Partnerschaft von der Kita an und unterstützen aufsuchende sexualpädagogische Beratung in den Schulen. Beratungsstellen für Familie und Partnerschaft sollten, soweit kommunal möglich, finanziell unterstützt werden, um ihr Angebot personell in ausreichender Stärke und Qualität vorzuhalten.

5. Wie werden Sie dafür eintreten, dass flächendeckend Geburtshäuser, bzw. Geburtskliniken vorgehalten werden, und die Hebammenversorgung sichergestellt ist?

Wir begrüßen die Wahlfreiheit werdender Eltern für den Ort, an dem ihre Kinder geboren werden. Wir fordern genügend Hebammen für jeden Stadtteil, die von der Stadt Münster ggf. mitfinanziert werden. Ihnen sollen Kultur-/Sprachmittler*innen zur Seite gestellt werden, damit sich Frauen und Männer mit Migrationsgeschichte in der Schwangerschaft sowie während und nach der Geburt gut aufgehoben fühlen.

Schwangerschaft und Geburt, insofern diese ohne Komplikationen und besondere Risiken verläuft, sind keine Krankheiten. Deshalb sollten alle Frauen die Möglichkeit haben, statt in ein Krankenhaus ein Geburtshaus – möglichst in ihrem Stadtteil – aufsuchen zu können. Geburtshäuser halten wir für einen Teil der Daseinsvorsorge, weshalb sie grundsätzlich von der Allgemeinheit finanziert werden sollten. Für die Trägerschaft der Häuser kommen nach unserem Konzept „Kommune selbst verwalten“ zuallererst die Hebammen und auch ärztliche Geburtshelfer*innen in Frage.

6. Was wollen Sie unternehmen, um Eltern in schwierigen Lebenslagen, insbesondere Alleinerziehende, sozial und ökonomisch stärker zu unterstützen?

Bereitstellung niederschwelliger Beratungsangebote – leicht zugänglich, in verschiedenen Sprachen – im Sinne von Begegnungszentren für alle. Beschäftigung gut bezahlter Sozialarbeiter*innen in ausreichender Zahl. Wir hätten gern einen städtischen Fonds, der Eltern in schwierigen Lebenslagen mit Krediten beziehungsweise bei geringem oder keinem Einkommen oder Vermögen mit Zuschüssen unterstützt.

7. Was wollen Sie unternehmen, damit es ausreichend Plätze in Frauenhäusern gibt und wie wollen Sie diese ausreichend finanzieren? Wie wollen Sie ein ausreichendes Beratungsangebot zu häuslicher Gewalt sicherstellen?

Flächendeckende Information über Beratung und Schutzmöglichkeiten (auch für Männer!) sowie Einstellung von genügend Fachpersonal.

Die Frauenhäuser in Münster und Umgebung sind stets überfüllt. Für Frauen mit und ohne Kindern auf der Flucht vorm häuslichem Gewalt bieten diese Häuser nur eine kurzfristige Lösung. Münster muss Schutzmöglichkeit für Frauen im Not sichern. Daher fordern wir den Bau weitere Frauenhäuser: gerne in kleineren Größen in der Selbstverwaltung und Selbstorganisation, selbstverständlich in der Begleitung vom Fachpersonal.

Im Weiterem sollte Münster ein neues Konzept erproben und die Einwohner/Familien Münsters einbeziehen und im Thema sensibilisieren. Das Konzept ist zu dem Pflegeeltern-Konzept ähnlich: In einem Zeitraum der akuten Schutzbedürftigkeit hilft eine Familie: Anonymität nach außen sichernd und mithilfe vom Fachpersonal den Ausweg in einem neuen Lebensabschnitt begleitet und betreut. Diese Familien bekommen ebenso wie Pflegefamilien ihre Kosten ersetzt und bekommen eine Vergütung.

Zusätzlich zu den Frauenhäusern wünschen wir für Schutzsuchenden und im Krisen befindenden Frauen einen kommunalen Finanztopf, woraus beim Bedarf Gelder bezogen werden können. (zum Beispiel: Frau mit Kindern würde gerne gewalttätigen Mann verlassen und ein neues Zuhause wäre nur dann möglich, wenn Miete, Kautions bezahlt werden können. Wenn die Frau auch Anträge auf soziale Leistungen beantragt hat, dauert es lange Wochen / Monaten, dass alles genehmigt wird (oder ohne der Einverständnis / Kooperation seitens des Mannes gar nicht möglich) und dann erst danach kann sie sich in geregelten Umfeld ihr Leben weiterführen).

Warum ist es wichtig? Eine rasche, schnelle Hilfe kann weitere ökonomische, psychische etc. Schäden vermeiden.

*Abschließend möchten wir betonen, dass wir – hoffentlich als Neue im Rat der Stadt Münster und seinen Ausschüssen und sonstigen Gremien – nicht alles „eins zu eins“ umsetzen werden können. Wir sind aber bestrebt, immer mit unseren Zielvorstellungen des klima- und menschengerechten Verkehrs in unserer Stadt zu agieren und hoffen, in einigen Fraktionen, Gruppen oder Einzelmandatsträger*innen Partner für die Umsetzung unserer Vorstellungen zu finden.*

*Als Kommunale Wähler*innen-Vereinigung wollen wir zu kommunalpolitischen Themen in engem Kontakt zu Initiativen, Vereinen und Bürger*innen Positio-*

nen entwickeln, die Münster wirklich zukunftsfähig machen: basisdemokratisch, nachhaltig, offen, sozial und schön!



Münster, 30. August 2020

Für die „**Münster Liste – bunt und international**“ gemeinsam beantwortet von Birgit Gauselmann, Dr. Brigitte Hornstein, Mónica Hemesath und dem ML-bui-Plenum..